

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1916

111 (12.5.1916)

saßing-
daß dieser
und daß,
alten wtr-
n werde.
Auffassung
er äußeren
itten, schie-
den letzten
erchiedener
führt wor-

Widelm
für die Ma-
rache 24

ef. 4 cm,
8 cm.

den 13. Mai,
Säven" Mts
Erzählen
Vorstand.

Atlas

le andern
gedruckt
it:

hes
hen
arte
es.
und
eln
ber-
arte
au-
rrei
he.
ber-
an-
his

m in der
erial wird

esgabe

und"
28.

atz

find unsere
Klohlen. 20
aufgemacht.
s Erika
Spilach. 1350

orditbad

und elegane
bäder.

L. Klasse.
und Damen
tags vorn.
chm. 8-8 1/2
abends
und Sonntags
-12 Uhr.
3 Uhr ge-
sen. 66

öbelwagen ob.
en besorgt durch
um allerbilligst.
Wesungstr. 20.
f. Schaden
pfl. u. Transp.

ans
hl. v. 36, 42,
Defi. v. 60-64 an.
Schüßengr. 25.

ML. Emailkerb
m. b. Kinderb.
lavier alles bill.
nd Verkauf,
rache 1. 1023

Schulbücher
illig abgegeben.
2. St. rechts

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postbüro monatl. 75 P., 1/2 jährl. 2,25 M., bezogen durch unsere Träger 85 P. beginn. 2,55 M., durch den Postbot. 89 P. beginn. 2,67 M., durch d. Postpost 90 P. beginn. 2,60 M.; bezugslos.

Anzeigen: Werbung mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-4/7 Uhr abends. Geschäftsstelle Nr. 128, Reichenstr. 481.

Anzeigen: Die Geschäftsstelle od. deren Raum 20 A. Hochzeitsanzeigen billiger. Bei Wiederholungen außer. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/9 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachz. gehen. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Göt. & Cie., Karlsruhe.

Ueber den Stand der Steuerkämpfe

schreibt Reichstagsabgeordneter Genosse Reil in der „Chemnitzer Volksstimme“:

Zurzeit kann noch kein Mensch mit einiger Sicherheit sagen, wie etwa die Steuern sich gestalten werden, aus denen die Reichsregierung die Summen bekommen soll, die zur Ausgleiche des rechnungsmäßigen Fehlbetrages im Reichshaushalt für 1916 gebraucht werden. Es ist nicht einmal völlig ausgeschlossen, daß neue Steuern überhaupt nicht zustande kommen.

Die Wahrscheinlichkeit ist zwar nicht hoch einzuschätzen, daß die unter der Hand verbreiteten Gerüchte vom Scheitern des ganzen Finanzplanes, von der Möglichkeit des Rücktritts des Schatzsekretärs Helfferich und andere dunkle Andeutungen festere Gestalt annehmen werden. Die Verbündeten Regierungen sowohl wie die Parteien des Reichstages werden sich nicht im unklaren sein über die Wirkung eines derartigen Ausganges der Steueraktion nach innen und außen. Wenn aber solche Gerüchte in Umlauf gesetzt werden können, so zeigt das immerhin, wie unsicher die Aussichten dieses ersten durch den Krieg bedingten Versuchs der Beschaffung von Steuereinnahmen sind.

In der Stellung der Sozialdemokratie hat sich im bisherigen Verlauf der Steuerkämpfe nichts geändert. Die Schwierigkeiten, die dem Regierungsprogramm erwachsen, rufen nur die Zweckmäßigkeit, Einfachheit und gerechte Wirkung der sozialdemokratischen Vorschläge desto schärfer ins Licht. Die Sozialdemokratie will der Regierung von ihrer Forderung keinen Wenig abtreiben. Im Gegenteil. Aus den Quellen, die wir erschlossen wissen wollen, könnten reichere Mittel gewonnen werden, als Herr Helfferich vorläufig beantragt. Wir brauchen uns unserer Bereitwilligkeit, ergiebige Einnahmequellen zu öffnen, als die Regierung im Augenblick für nötig hält, auch nicht zu schämen. Wären wir doch mit einem gewissen Neid auf England, das bisher 7 Prozent seiner gesamten Kriegskosten aus gesteigerten Steuereinnahmen gedeckt hat. Um den Betrag, den wir schon jetzt durch Steuern aufbringen, vermindern wir die Schuldenlast, die später zu tragen und zu verzinsen sein wird. Auch auf steuerpolitischem Gebiete erteilt die Kriegszeit Lehren, die geeignet sind, gewisse parlamentarische Traditionen aus der Jugendzeit des bürgerlichen Liberalismus zu zerstören. Die Vertretung der deutschen Arbeiterklasse kann sehr leicht in die Lage kommen, der Regierung Steuern aufzudrängen. Je mehr die Regierung und die bürgerlichen Parteien versuchen, die Kriegszinsenlast den Winderbemittelten aufzubürden, desto energischer werden wir eine Abwälzung der Kriegsschuld fordern und die Wege zeigen müssen, auf denen sie möglich ist. Wir haben keinerlei Interesse daran, den Gläubigern des Reiches auf möglichst lange Zeit reiche Zinsen aus den Steuermitteln der Gesamtheit zu reichen.

Selbstverständlich müssen unsere Steuerorschläge volkswirtschaftlich vernünftig sein und auf eine gerechte Verteilung der Lasten abzielen. Diesen Erfordernissen trug das Steuerprogramm unserer Fraktion Rechnung. Wir wollten die Kriegsgewinnsteuer so gestalten, daß sie mehr als das Doppelte des nach der Regierungsvorlage zu erwartenden Betrages ergeben würde. Wir wollten den Wehrbeitrag erneut erhoben wissen, der ohne jede Schädigung des Wirtschaftslebens eine Viertelmilliarde bringen würde. Wir wollten schließlich die Erbschaftsteuer in einer Weise ausbauen, daß sie annähernd die Ertragskraft der englischen Erbschaftsteuer erreichen und damit weit mehr liefern würde, als die Regierung aus den von ihr vorgeschlagenen Tabak- und Verbrauchssteuern erhofft.

Den Erbschaftsteuervorschlag haben Regierung und bürgerliche Parteien nicht aus sachlichen, sondern aus politischen Gründen kurzweg abgelehnt. Nicht eine hart empfundene Belastung von Erbsitzern, die durch den Krieg geschwächt sind, nicht eine Verteuerung des Lebensunterhalts der breiten Massen, nicht ein Eindringen in die Sphäre der Einzelstaaten bedeutet eine gut entwickelte Erbschaftsteuer. Kein Wort konnte in dieser Richtung gegen den Vorschlag gesagt werden. Er sei „unzeitgemäß“, man wolle jetzt den alten Streit nicht wieder entfesseln. Das war die ganze Begründung für die Ablehnung. Daß auch mit den Verbrauchs- und Verbrauchssteuervorlagen ein alter Streit wieder entfesselt wurde, daß diese Steuern in der Zeit einer nie gekannten Lebensmittelerhöhung doppelt unzeitgemäß sind, das sieht die Gegner der Erbschaftsteuer nicht an. Sie gehen dieser nächstgelegenen Steuererhebung schüchtern aus dem Wege.

Der Wehrbeitrag ist vom Ausichuß in erster Lesung mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen worden. Mit Hochdruck arbeitet aber das Großkapital, um diesen Beschluß in der zweiten Lesung umzuwerfen. Die Handelskammern, vorweg die von Berlin, bieten ihren ganzen Einfluß in dieser Richtung auf, und sowohl der Reichsschatzsekretär als die einzelstaatlichen Finanzminister wettern mit ihnen. Vor acht

Tagen wurde in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schweres Zahlengedächtnis aufgeführt, um nachzuweisen, daß ein Einkommen von einer halben Million den Wehrbeitragslos von 2 Prozent (der Höchstlos des Wehrbeitragsstufens für eine Drittelfrakte!) unmöglich mehr tragen könne, und jetzt wird in einer offiziellen Korrespondenz noch einmal der „entschiedene Widerstand“ der bundesstaatlichen Regierungen angekündigt für den Fall, daß der Reichstag am Wehrbeitrag festhält. Die Wirkung dieser Drohnoten bleibt nicht aus. Die Nationalliberalen geben so langsam zu erkennen, daß sie von der Zustimmung in der ersten zur Ablehnung in der zweiten Lesung gelangen werden, und der eine Flügel der neuen Deutschen Fraktion, der zunächst zugestimmt hatte, scheint ihrem Beispiel folgen zu wollen.

Damit würde der lästige Wehrbeitrag wieder weggeräumt sein, wenn diese neue Sachlage nicht eine neue Schwierigkeit gebären müßte. Die Fortschrittler haben ein etwas besseres Gefühl für die politische Situation als die übrigen bürgerlichen Parteien. Sie ahnen, wie unheilvoll es im Volke wirken müßte, wenn eine halbe Milliarde aus Tabak und Verbrauchs herausgeholt würde, ohne gleichzeitig auch den Besitz der von der Kriegsgewinnsteuer nicht getroffen wird, zu belasten. Stellt doch die erwähnte offizielle Korrespondenz in anderem Zusammenhang selbst fest, daß der Aufwand für Ernährung und unentbehrliche Bedarfsgegenstände bei Aufrechterhaltung der früheren Lebensgewohnheiten um mindestens 75 Prozent gestiegen sei. Wollte man denken, die nicht wissen, woher sie diese 75 Prozent nehmen sollen, um den ausbleibenden Hunger zu stillen, und die Blüten zu bedecken, den Verbrauch noch weiter durch Verbrauchssteuern verteuern, den Besitz aber schonen, so könnte die helle Empörung nicht ausbleiben. Darum lautet die Erklärung der Fortschrittler: ohne Wehrbeitrag keine Verbrauchs- und keine Tabaksteuer!

Gegen Sozialdemokratie und Fortschrittler, zu denen sich möglicherweise noch Außenleiter anderer Fraktionen gesellen, die Verbrauchs- und Verbrauchssteuern zu genehmigen, erscheint auch dem Zentrum gewagt. Das Vermögen der Zentrumsführer ist daher darauf gerichtet, eine Verständigung aller bürgerlichen Parteien zustande zu bringen, die es ausschließt, daß sich diese Parteien vor dem Volke gegenständig anklagen. Bis jetzt scheint es so, als ob sich die Fortschrittler ohne Zustimmung des Zentrums zum Wehrbeitrag darauf nicht einlassen wollen. Es ist nicht unmöglich, daß die Fortschrittler noch mit sich handeln lassen und den Wehrbeitrag noch einmal halbieren durch Wegstreichung der Steuer auf das Einkommen von mehr als 5000 Mk. pro Jahr. In diesem Falle würde der Wehrbeitrag zu einer mäßigen, auf ein Jahr befristeten Reichs-Vermögenssteuer zusammenzurumpfen und nur noch eine recht dürftige Defäkoration der Massenbelastung darstellen. Solange irgend eine Verständigung über den Wehrbeitrag nicht erzielt ist, schweben die Vorlagen zur Belastung des Tabaks und des Verkehrs in der Luft.

Auch die Kriegsgewinnsteuer (jetzt „Kriegsteuer“) ist noch Gefahren ausgesetzt. Die erste Lesung im Ausichuß hat eine Verschärfung derselben gebracht. Die Steuerläge für den Vermögenszuwachs sind zwar noch so mäßig, daß sogar der Zentrumsabgeordnete Müller-Gulda dieser Lage die Bemerkung nicht unterdrücken konnte: 5, 6 oder 8 Prozent, das seien doch keine Sätze für eine Kriegsgewinnsteuer. Unverständlich bleibt dabei freilich, wie das Zentrum der sozialdemokratischen Antrag auf kräftigere Erhöhung der Sätze von unten herauf ablehnen konnte. Aber der Ausichuß hat daneben beschlossen, auch die im Krieg erzielten Einkommenssteigerungen, die sich nicht in Vermögenszuwachs umsetzen, zu erfassen. Obwohl erst auf diesem Wege eine sichere Erfassung der Kriegsgewinne, die im andern Falle vertrieben und versteckt werden können, ermöglicht wird, wehrt sich die Regierung gegen diese Erweiterung der Vorlage fast noch bestiger als gegen den Wehrbeitrag. Es solle hier — auf einem Umweg — eine Reichseinkommensteuer geschaffen werden. Diesem Versuch könnten die Bundesregierungen grundsätzlich nicht zustimmen. Dazu komme noch die Verteuerung des Lebensaufwandes um 75 Prozent! Da dieser Beschluß auf Anträgen des Zentrums und der Nationalliberalen beruht, könnte der Verdacht, als ob er zur Einschmuggelung einer Reichseinkommensteuer dienen solle, füglich ausschließen. Was aber die Verteuerung des Lebensaufwandes betrifft, so kipfelt die Auffassung der Regierungen offenbar darin, daß die große Masse, die mit einem gleichgebliebenen oder gesunkenen Einkommen die Aufwandsteigerung um 75 Prozent auszugleichen versuchen muß, die Milliardenlast leichter tragen könne, als die glücklichen Besitzer gesteigerter Kriegseinkommen, die nicht selten in Saus und Braus leben. Es wird der Regierung nicht ganz leicht fallen, diese Auffassung dem Volke verständlich zu machen. Und noch schwerer würde es ihr fallen, die Kriegsgewinnsteuer etwa fallen zu lassen, wenn der Reichstag bei seinem Beschluß bleiben sollte.

Das eine mögen die zur Entscheidung berufenen Faktoren

in den nächsten Wochen nicht vergessen: Die Steuerfrage ist an sich schon bei den heutigen Existenzbedingungen der großen Mehrheit unseres Volkes eine wirtschaftliche Frage von größter Tragweite. Aber sie hat darüber hinaus eine ungeheure politische Bedeutung. Die Zukunftsentwicklung der deutschen Politik kann weitgehend durch sie beeinflusst werden.

Die Antwort Amerikas.

Die Antwort Amerikas auf die deutsche Note entspricht den in Deutschland allgemein gehegten Erwartungen. Amerika bleibt ruhig. Es wird seine dem Vierverband wohlwollende Neutralität nicht in offene Feindschaft gegen das deutsche Reich verhandeln. Und das ist bei der gegenwärtigen Lage der Dinge jedenfalls für das Reich ein beträchtlicher Gewinn.

Die Zeit, da Höflichkeit den Diplomaten zierlich, ist freilich vorüber. Die amerikanische Note, die mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohte, war im Ton nicht eben liebenswürdig. Die deutsche Regierung handelte in der Antwort nach der Regel: „Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es zurück“. Was wiederum die Folge hat, daß auch die amerikanische Regierung in ihrer Erwiderung einen ziemlich harten und scharfen Ton anwendet. In früheren Zeiten hat ein Notenwechsel, der zum Kriege führte, weniger Offenherzigkeiten enthalten, als dieser amerikanisch-deutsche, dessen Ergebnis auch eine Verständigung ist. Uns allen sind aber grobe Worte und Frieden lieber als gedrechselte Redensarten und Krieg.

Hat der Ton, in dem der Notenwechsel geführt wurde, seinem sachlichen Ertrag nichts geschadet, so hat er auf der anderen Seite auch den Vorzug, daß das Verhältnis zwischen dem deutschen Reich und den Vereinigten Staaten vollkommen klargelegt worden ist. Von Sympathie für die deutsche Sache kann auch das schärfste Auge in den amerikanischen Noten nichts bemerken. Und wenn im Himmel mehr Freude ist über einen Befehlten als über hundert Gerechte, so kann man eine gleiche Freude über das geänderte Verhalten Deutschlands in Amerika nicht bemerken. Dieses geänderte Verhalten wird vielmehr ziemlich trocken als erwartete Folge des eigenen Auftretens zur Kenntnis genommen, und es wird mit großer Entschiedenheit hinzugefügt, daß man das Zugeständnis Deutschlands nicht als ein irgendwie bedingtes, sondern eher als ein unbedingtes und endgültiges betrachtet.

Mittlerweile hat schon die „Kölnische Zeitung“ erklärt, daß es falsch sei, wenn man jene Wendung der deutschen Note, die von der Freiheit des künftigen Handelns spricht, als eine Bedingung auffasse. Es ist aber nicht zu befürchten, daß die deutsche Regierung eines Tages erklären könnte: „Da Amerika nicht das Aufgeben der englischen Blockade bewirkt hat, nehmen wir den U-Bootkrieg in der alten Form wieder auf“ und daß es dann zwischen Amerika und Deutschland doch zum Kriege käme. Wohl hält man es in Deutschland für Amerikas Pflicht, nunmehr auch mit voller Energie gegen die englische Hungerblockade aufzutreten, man verbindet aber diese Forderung mit keinerlei Drohungen an die amerikanische Adresse. Die deutsche Regierung ist wirklich so friedlich wie eine Regierung, die sich mitten im größten aller Kriege befindet, es eben noch sein kann.

Der deutsch-amerikanische Streit ist damit nicht nur in das Stadium des Waffenstillstandes, sondern in das der endgültigen Verständigung gerückt. Und dann sind auch die Vorbedingungen für ein besseres Einvernehmen zwischen Deutschland und Amerika geschaffen, das zu dem Ziele der Friedensvermittlung hinleitet. Während das letzte Rollen anhält, wölbt sich der Friedensbogen über den atlantischen Ozean, möchte er doch bald auch dem europäischen Kontinent leuchten, von allen Völkern freudig begrüßt.

Was nun?

Die Verteuerung der Lebensmittel hat in den letzten Monaten eine unheimliche Steigerung erfahren. Soll und darf das so weitergehen? Unter keinen Umständen. Die Erbitterung des Volkes gegen den Lebensmittelwucher greift immer weiter um sich. Das ist nur zu erklärlich. Die Maßnahmen der Regierung waren nach allen Richtungen ungenügend. Entweder hat sie überhaupt nicht oder immer viel zu spät eingegriffen. Die Staatsanwälte und Gerichte haben bisher im Kampf gegen den Lebensmittelwucher verlagert.

Nun versichert man, daß für die neue Ernte entschiedene Maßnahmen in Aussicht genommen seien. „Die Volkshaus“ hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“. Was hat man nicht schon alles versprochen. Wir erinnern nur an die bestimmte Erklärung, wonach eine weitere Erhöhung der Korn- und Getreidepreise nicht erfolgen werde. Trotzdem hat man sie zugestanden und damit diejenigen gestraft, die rechtzeitig ihre Produkte abgeliefert haben. Wenn wir nicht ganz unerträglichen Zuständen entgegengehen sollen, bleibt gar nichts anderes übrig, als die Ertragnisse der neuen Ernte zu beschlagnahmen, d. h. den Handel völlig auszuhebeln.

und dem Staat das alleinige Ankaufsrecht der hauptsächlichsten Lebensmittel überträgt. Nur auf diese Weise wird man weitere Preistreiberien hintanhaltend können. Gleichzeitig muß gegen die Spekulanten mit aller Schärfe vorgegangen werden. Diese verkappten Landesverräter verdienen keine Schonung. Jeder, der dabei ertappt wird, daß er notwendige Nahrungsmittel zum Zwecke der Spekulation zurückgehalten hat, gehört ins Zuchthaus. Wird in dieser Weise der Kampf gegen den Lebensmittelwucher geführt, dann werden die Klagen bald verstummen und es werden auch genügend Nahrungsmittel vorhanden sein, um das Durchhalten zu ermöglichen. Es ist doch einfach ein Skandal, daß das Volk über Fettmangel klagen muß, während gewissenlose Spekulanten gleichzeitig hunderte von Zentnern Fett öffentlich zum Verkauf anpreisen können, ohne daß sich auch nur ein deutscher Staatsanwalt bemüht, diese Spekulanten am Klagen zu fassen und sie dahin zu bringen, wohin sie von Gott und Rechtswegen gehören. Beim Kampf gegen den Lebensmittelwucher hat sich das alte Sprichwort buchstäblich bewährt: „Die kleinen Spitzbuben werden gehängt, die großen läßt man laufen“.

Die englischen Frachtprofite.

Auch die Franzosen erheben jetzt ihre Stimmen gegen die Ausbeutung ihres Landes gegen die englischen Heeder. Die „Bataille“ vom 30. April berichtet: „Aus der von einem Pariser Blatte aufgestellten Untersuchung über die Schiffstaumfrachten geht hervor, daß im Jahre 1915 im Hafen von Marseille angekommen sind: 66 365 Tonnen unter französischer Flagge, 628 840 Tonnen unter verschiedenen fremden Flaggen, 1 072 500 Tonnen unter englischer Flagge, oder 16 mal so viel wie unter französischer Flagge. Wir sind also zur Behauptung berechtigt, daß die englische Flagge fast die einzige Nutznieherin des Verschwindens der deutschen und österreichischen Flaggen ist“. Die „Bataille“ führt dann weiter aus: Die französische Presse beschuldigt Deutschland, daß es Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei ausbeutet. Sie vergißt aber, daß der englische Verbündete das Ausbeuten bereits betreibt. Die italienischen Delegierten haben sich auf der interparlamentarischen Konferenz über die ungeheuren Frachtschiffe der englischen Heeder beklagt. Auch die Franzosen sollten sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die englischen Spekulanten zu verdammen, die an dem Unglück der Völker sich bereichern.

Die irische Revolutionszeitung.

Die Londoner „Daily News“ geben die erste Seite der von den Dubliner Aufständischen herausgegebenen Revolutionszeitung „Irish War News“ (Irische Kriegsnachrichten) wieder. Sie bietet folgendes Bild:

Dublin, Dienstag, 25. April 1916.

Nach Redaktionschluß eingelaufen.

Die irische Republik.

Die „Irischen Kriegsnachrichten“ erscheinen heute aus Anlaß eines wichtigen Ereignisses:

Am Ostermontag den 24. April um 12 Uhr mittags ist die irische Republik proklamiert worden. Gleichzeitig mit der Ausgabe der Proklamation der provisorischen Regierung hat die Dubliner Division der Armee der Republik, die Bürgerarmee, die Gibernian Rifles und andere Truppen, beherrschende Punkte der Stadt besetzt. Das Kommando wurde um 12 Uhr genommen, das Schloß zu gleicher Zeit angegriffen und kurz darauf die „Wier Höfe“ besetzt. Die irischen Truppen haben die City Hall in ihrem Besitz und dominieren das Schloß. Die republikanischen Streikkräfte kämpfen mit glänzender Tapferkeit. Die Bevölkerung von Dublin steht durchwegs auf Seite der Republik und Offiziere und Soldaten werden überall auf den Straßen, durch die sie marschieren, mit Hochrufen begrüßt. Das ganze Zentrum der Stadt ist in den Händen der Republik, deren Fahne von der Hauptpost weht.

Generalmajor R. S. Pearse ist Oberkommandant der Armee der Republik und Präsident der provisorischen Regierung.

Die erste Nummer dieser irischen Revolutionszeitung ist auch ihre letzte gewesen. Der zum Schluß genannte Pearse ist als erstes Opfer unter den Gefangenen erschossen worden.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

Großes Hauptquartier, 11. Mai, vormittags. (M.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deutsche Flugzeuge belegten Düinkerken und die Bahnanlagen Adinkerte mit Bomben.

Auf dem westlichen Maasufer griffen die Franzosen nachmittags beim „Toten Mann“, abends südlich der Höhe 304 unsere Stellungen an. Beide Male brachen ihre Angriffe im Maschinengewehr- und Sperrfeuer der Artillerie unter beträchtlichen Verlusten für den Feind zusammen.

Eine bayerische Patrouille nahm im Camard-Wald 54 Franzosen gefangen.

Die Zahl der bei den Kämpfen seit dem 4. Mai um Höhe 304 gemachten unbedeutenden gefangenen Franzosen ist auf 53 Offiziere, 1515 Mann gestiegen.

Auf dem östlichen Maasufer fanden in der Gegend des Caillette-Waldes während der ganzen Nacht Handgranatenkämpfe statt. Ein französischer Angriff in diesem Walde wurde abge schlagen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Bahnhofes Selburg wurden 500 Meter der feindlichen Stellung erstürmt. Hierbei fielen 309 unverwundete Gefangene in unsere Hand. Einige Maschinengewehre und Minenwerfer wurden erbeutet.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Seeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 11. Mai. (M.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird bekannt, 11. Mai, mittags:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die erhöhte Artillerietätigkeit hielt an den meisten Stellen der Front auch gestern an. Besonders lebhaft war sie im Dolomiten-Abchnitt zwischen Teufelstein und Buchenstein. Ein italienischer Flieger warf um Mittag zwei Bomben auf den Markt und Domplatz von Görz ab. Hierdurch wurden 2 Zivilpersonen getötet, 33 verwundet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Söfer, Feldmarschallleutnant.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 11. Mai. (M.B. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht. An der Front im Abschnitt von Gelahie keine Ereignisse, abgesehen von Artilleriekampf mit Unterbrechungen und örtlichem Infanteriefeuer. An der Kaukasus-Front wurde der Feind im Abschnitt des Kopeyberges in dem Gefecht, das am 8. Mai vormittags mit unserem Angriff begann und bis abends dauerte, durch Bajonettangriff aus seinen Stellungen in einer Ausdehnung von beinahe 15 Kilometer verdrängt und östwärts zurückgeworfen. In diesem Gefecht machten wir 6 Offiziere und über 300 Mann zu Gefangenen und nahmen 4 in gutem Zustand befindliche Maschinengewehre weg. Unsere Verfolgungsabteilungen bewachten trotz heftigen Schneesturms die Flucht mit den zurückgehenden Abteilungen des Feindes. Desgleichen wurden infolge des erfolgreichen, überraschenden Angriffes in der Nacht zum 9. Mai auf das Lager des Feindes bei Maschljö: (50 Kilometer südlich von Ramachaiun) und südlich von Tula Dore 250 Infanteristen und 200 Kavalleristen, welche die feindliche Streitmacht bildeten, mit dem Bajonett und Handgranaten zu hundertloser Flucht gezwungen und bis auf eine geringe Anzahl vernichtet. Wir nahmen dem Feind eine Anzahl Gewehre ab. Im Abschnitt an der Küste keine wesentlichen Veränderungen. Der Feind, welcher von Dschewiskil vorgedrungen war, mußte sich infolge einer Umgehungsmanöver unserer Truppen nach Norden zurückziehen. Ein feindliches Torpedo warf einige Geschosse auf die Küste von Kemilli und zog sich dann zurück. Ein Kreuzer feuerte, ohne Wirkung zu erzielen, 50 Geschosse auf die Küste westlich von der Insel Keuitzen. Unsere Artillerie erwiderte.

Wir demontieren die russischen Berichte vom 8. und 4. Mai folgendermaßen: In der Nacht zum 8. Mai machten russische Truppen nacheinander zwei überraschende Angriffe gegen unsere Front am Kopeyberg im nördlichen Abschnitt der Tschokor-Front. Der erste wurde abgewiesen, beim zweiten gelang es den Russen, in die Gräben zweier unserer Gruppen einzudringen, aber gegen Morgen nahmen wir ihnen unsere Gräben durch einen Gegenangriff vollständig wieder ab. Folglich sind die Erzählungen ihrer amtlichen Berichte vom 8. Mai, wonach sie unsere Streitkräfte in der Gegend auf Dinarebetr westwärts zurückgetrieben haben wollten und in der Gegend von Rumie den Angriff einer unserer Abteilungen abgewiesen hätten, ebenso wie die Behauptung ihres Berichts vom 4. Mai, daß einer unserer nördlichen Angriffe in der Richtung Erzinsjan abgewiesen worden wäre, in allen Einzelheiten und im ganzen Umfange erfunden.

Der französische Bericht.

Paris, 11. Mai. (M.B. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittags 3 Uhr: Zwischen Oise und Aisne scheiterte ein Handstreich gegen einen unserer Schützengraben südlich von Roulin-sous-tout-vents vollständig. In der Umgebung von Verdun hatte das Geschützfeuer westlich der Maas nachgelassen. Ostlich der Maas und in der Meuse-Geschützfeuer mit Unterbrechungen. Aus der Nacht meldete man Schammügel mit Handgranaten im Gebiete von Bocourt und in der Gegend südlich der Höhe Douaumont. — Am Oberelsaß wurde eine feindliche Gefundungsabteilung, die einen unserer kleinen Posten bei Sirzbach, südlich von Altkirch, auszuheben versuchte, mit Verlusten abgewiesen.

Paris, 11. Mai. (M.B. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr: Auf dem linken Ufer der Maas richteten die Deutschen nach heftiger Beschädigung einen starken Angriff auf unsere Stellungen an den Zugängen am Hügel 257. Dieser Angriff wurde vollständig zurückgeschlagen. Einige Gefangene blieben in unseren Händen. Eine kleine Offensivunternehmung unserer Truppen gegen die Abhänge westlich des Toten Mannes erlaubten uns einige Teile des deutschen Grabens zu besetzen. Wir machten 62 Gefangene und erbeuteten 2 Maschinengewehre. Auf der übrigen Front war der Tag verhältnismäßig ruhig.

Belgischer Bericht. Artilleriekampf in der Gegend von Ramscappelle, Digmuiden und Steenstraate.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Zwang gegen Griechenland!

Kopenhagen, 11. Mai. (M.B.) Folgende Mitteilung des Botschafters wird von Petersburger Blättern vom 5. Mai gebracht: Die griechische Regierung hat bisher der Durchführung der serbischen Truppen durch Griechenland ihre Zustimmung nicht erteilt. Die griechische Regierung begründet ihre Weigerung mit der Befürchtung vor der Einschleppung von Seuchen und damit, daß der Transport der Truppen auf der schmalfpurigen Eisenbahn Patras—Korinth allzuviel Zeit beanspruchen würde. Es ist jedoch klar, daß der Hauptgrund der griechischen Regierung die Furcht vor Deutschland ist. Die Alliierten haben beschloffen, Griechenland zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen. Die energische Haltung der Alliierten in dieser Frage entspricht dem Wunsche, die Pläne Griechenlands endgültig klarzulegen. Die Gesandten der Alliierten haben die Weisung erhalten, im Einverständnis mit dem Stabe der Alliierten in Griechenland vorzugehen.

Deutschland und Amerika.

Berlin, 11. Mai. Die Wilsonsche Note wird heute in amtlicher deutscher Uebersetzung veröffentlicht. Eine Antwort wird nicht erfolgen, denn da nunmehr beide Regierungen ihren Standpunkt präzisieren haben, ist zunächst ein weiterer Notenwechsel überflüssig.

Deutsche Politik.

Der verhasste Gewerkschaftsgeist.

In Dingolfing (Niederbayern) haben in einer Wagenfabrik sieben Arbeiter und eine Arbeiterin gestreikt, weil ein beurlaubter Krieger in seiner vierzehntägigen Urlaubszeit in der Abteilung der Streikenden beschäftigt werden sollte. Nähere Umstände werden nicht mitgeteilt. Vermutlich sollte die Beschäftigung des Kriegers unter Umständen erfolgen, welche die Interessen der Streikenden stark gefährdeten; sonst wäre es unverständlich, daß in einem kleinen bayerischen Standort sich Arbeiter zum letzten und schwersten gewerkschaftlichen Kampfmittel entschließen. Die Sache ist an und für sich auch belanglos; sie verdient nur Erwähnung, weil der Vorgang einer konterbaitiven Seele Anlaß gab, ihre innersten Hergeiztriebe zu offenbaren. Der „Bayerische Volksfreund“ schreibt zu dem „Streik“:

„Von gewerkschaftlicher Seite wird man gerade jetzt, da dem Reichstag eine die Gewerkschaften sehr stark fördernde Novelle zugegangen ist, dieses Vorgehen zweifelsohne nicht billigen, aber trotzdem bleibt nichts anderes übrig, als letzten Endes doch den Gewerkschaftsgeist dafür verantwortlich zu machen. Beachtenswert ist dabei noch, daß sich dieses Votum nicht in einem großstädtischen Industriezentrum, sondern in einer niederbayerischen Kleinstadt mit vorwiegend ländlichem Charakter ereignete. Mit dieser Streik schon aus allgemein menschlichen Gründen zu verurteilen, weil er zeigt, daß die Streikenden jedes bayerischen Dankschulds bar sind, so beweist er aber auch, daß die Arbeiter noch lange nicht so erzogen ist, daß man ihre, im Vergleich zu anderen Ländern ohnehin schon fast unbefruchteten Koalitionsrechte noch mehr erweitern kann. Wenn man glaubt, politische Gesetze machen zu sollen, so wird man wohl bald inne werden, daß die erweiterten Freiheiten recht häufig zum Verdruss der Gesellschafter mißbraucht werden verwendet werden.“

Daß Reaktionäre, die vielleicht selbst die skrupellosesten Verfechter ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen sind, den Arbeitern nicht das Recht zugestehen wollen, ihre Interessen zu wahren, ist eine bekannte Erscheinung. Mehr fällt schon auf, wenn sich heute noch Konserver finden, die von politischen Geschenken sprechen, wenn es sich um eigentlich selbstverständliche Rechte des Volkes handelt. Das uneingeschränkte Koalitionsrecht für die Gewerkschaften ist eine Forderung, die in Deutschland längst erfüllt sein müßte, und es ist eine Schande für die herrschenden Parteien wie für die Regierung, daß man jetzt in der Kriegszeit wagen darf, die Erfüllung dieser selbstverständlichen Forderung noch als besonderes Geschenk auszugeben, vor dessen mißbräuchlicher Verwendung gewarnt wird. Die Arbeiter müssen offenbar noch viel nachdrücklicher ihre Rechte vertreten, ehe Politikern von diesem Schlage die Erkenntnis dämmert, daß das Volk Anspruch auf Rechte hat.

Steuerkompromiß in Sicht.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Im Reichstage fanden am Dienstag abend zwischen den Parteiführern vertrauliche Besprechungen über die Gestaltung der Steuerentwürfe statt. Man sucht eine Grundlage, auf der sich die Bedenken der einzelnen Parteien sowohl gegenüber den in Frage kommenden direkten wie indirekten Steuern überwinden und ihre Wünsche sich vereinigen lassen. Ueber den Inhalt der vertraulichen Besprechungen läßt sich nichts mitteilen. Sie sind auch noch nicht abgeschlossen. Indessen scheint es nicht unmöglich, daß noch vor der demnächst beginnenden zweiten Lesung im Ausschuss ein Kompromiß zustande kommt. Das Gerücht, daß ein solches Kompromiß in der Frage der Tabaksteuer bereits gefunden worden sei, trifft nicht zu. Es handelt sich um den bekannten Vorschlag des Tabakvereins, eine Erhöhung des Wertzolles zwar zu beschließen, sie aber erst nach dem Kriege in Kraft treten zu lassen. Dieser Vorschlag wird voraussichtlich am Mittwoch bei der Beratung der Tabaksteuer in der Kommission mit zur Erörterung kommen. Jrgend welche Verhandlungen darüber haben aber bisher überhaupt noch nicht stattgefunden.

Badische Politik.

Königliche Fragen an die Großh. Regierung.

Bei den Landwirten im Odenwald konnte man im Sommer 1914 1 Doppelgäntner Grünfeln zu etwa 55 Mark kaufen; im Sommer 1915 kostete der Doppelgäntner durchschnittlich 105 Mark; im April 1916 kostete der Doppelgäntner Grünfeln aus der letzten Ernte 210 Mark.

Vor Ausbruch des Krieges bezahlte man für 1 Doppelgäntner Maisgries etwa 30 Mark; im Juni 1915 war Maisgries nicht unter 80 Mark zu haben; im April 1916 kostete Maisgries 180 Mark.

Schlafen die Preisprüfungsstellen, schlafen die Bezirksämter, schlafen die Staatsanwaltschaften? Und was gedenkt die Großh. Regierung gegen diesen Wucher zu tun?

Dürfen Bürgermeister ungestraft die Gesetze verletzen?

Vor einiger Zeit hatte der Bürgermeister einer Gemeinde des Amtsbezirks Hirschheim ein gemästetes Schwein zu verkaufen, für das er nach den Höchstpreisfestsetzungen etwa 320 Mark verlangen durfte.

Der Bürgermeister und Bauer hat das schlachtreife Schwein nicht abgegeben. Er erklärte, er verkaufe sein Schwein an einen Landwirt weiter, der solle es noch mehr füttern, und wenn der dann zum Höchstpreis verkaufen will, könne er das tun. Der Preis für das Schwein betrug 600 Mark, anders gibt er es nicht her. Wir fragen, welche Schritte hat das Großh. Bezirksamt Hirschheim gegen den wucherischen Salunken unternommen? Wenn Bürgermeister sich an die Spitze der betrügerischen Wucherhunde stellen dürfen und ihr hochverräterisches Treiben ungehindert bleibt, wie kann da die Bevölkerung noch Vertrauen zu den Behörden haben? Vom Großh. Ministerium des Innern erwarten wir bestimmt, daß der Bauer und Bürgermeister gefaßt wird und die ganze Strenge des Gesetzes fühlen muß.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 11. Mai 1916.

Am Vundesratstisch: Staatssekretär Dr. Lisco.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 3.16 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Geschäfts-Kommission über die Anträge betr. Haftentlassung des Abg. Dr. Liebknecht.

Die Kommission beantragt Ablehnung der Anträge. Abg. v. Pauer (Fortf. Sp.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission und gibt dem Haus Kenntnis von dem vom Kommandanturgericht am 1. Mai am Potsdamer Platz Ansammlungen verursacht und dabei Rufe wie „Nieder mit dem Krieg, nieder mit der Regierung!“ ausgestoßen. Bei seiner Verhaftung hat er körperlichen Widerstand geleistet. Eine große Anzahl von Flugblättern, die bei einer Hausdurchsuchung aufgefunden wurden, forderten zum Widerstand gegen die Regierung auf. Die Kommission ist der Ansicht, daß Dr. Liebknecht sich des Verbrechens des versuchten Kriegsverrats schuldig gemacht hat. Im allgemeinen ist Liebknecht gefährlich. Die Kommission hat keine Veranlassung gehabt, zu den gerichtlichen Fragen Stellung zu nehmen. Man war auch einig darüber, daß das Verhalten des Abg. Liebknecht hier im Hause selbst ohne jede Einwirkung bei Beurteilung des Gegenstandes sein müsse. Die Folgen seiner Demonstrationen sind nicht abzusehen, namentlich hinsichtlich des Einbruchs, den sie auf das Ausland machen. Es muß verhindert werden, daß Dr. Liebknecht bei nächster Gelegenheit bezügliche Straftaten wiederholt. Deshalb hat die Kommission mit 10 gegen 4 Stimmen die Anträge abgelehnt.

Abg. Landsberg (Soz.):

Die Annahme unseres Antrags würde einem Gebrauch entsprechen, der sich in den letzten Jahren entwickelt hat. Es gibt keinen einzigen Fall in der parlamentarischen Praxis des Reichstags, in dem man dem Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens nicht stattgegeben hätte. Es soll sich überdies ja nur um eine Hinabschiebung des Verfahrens handeln. Schon Windthorst hat einmal eindringlich davor gewarnt, gerade in Tagen der Erregung sich von Antipathien leiten zu lassen; auch von Vennigen hat sich in gleicher Weise geäußert. Die Person des Abg. Liebknecht ist mir vollständig gleichgültig, ich habe weder den Verdacht, noch die Meinung, ihn zu verteidigen. Ich verteidige ausschließlich das Recht des Reichstags. Der Reichstag soll den Militärrichtern nicht entzogen werden. Der Reichstag hat nicht nach juristischen, sondern nach politischen Gesichtspunkten zu handeln. Wir haben uns zu fragen: Was kommt dem Reiche, was kommt dem Reichstag? Der Reichstag darf das Recht, das er eifersüchtig gewahrt hat, nicht preisgeben. Hier handelt es sich um eine Durchbrechung der Immunität. Machen wir unsere Entscheidung abhängig von der Scharfe der Tat, so setzen wir an die Stelle der festen Grundzüge das subjektive Ermessen und die größere oder geringere dialektische Gewandtheit. Alle erscheinen wir den Kriegen. Wir sind aber entschlossen, den Krieg fortzusetzen und unser Land weiter zu verteidigen, um es zu erhalten und zu sichern. Das ist die Stimmung des deutschen Volkes und diese Stimmung kann durch ein Blatt Papier oder Ansammlungen am Potsdamer Platz nicht erschüttert werden. Aus jeder Zeile des Flugblattes spricht die Verbitterung eines Mannes, der da glaubt, in die Geschichte der Welt eingreifen zu können. Verbahren wir demgegenüber harte, harte Ruhe, dann dienen wir dem Reiche am besten. (Beifall links.)

Der Präsident teilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen ist.

Abg. Saale (Soz., Arbeitgem.): Durch die Ablehnung der Anträge könnte auf das Strafverfahren nachteilig eingewirkt werden. Von dem Verbrechen des Landesverrats kann keine Rede sein. Diese Beschuldigung hat der Polizeipräsident erhoben, nicht aber auf Grund der Flugblätter, sondern wegen des angeblichen Zusammenwirkens Liebknechts mit Gleichgesinnten im Ausland. Davon ist aber keine Rede. Das, was als Quintessenz des Flugblattes hier festgestellt wurde, ist nichts anderes, als was nicht jeder Sozialdemokrat hier schon ausgesprochen hat. Die Vorwürfe werden nicht ausbleiben, das kann einen politischen Gegner aus politischen Rücksichten gut treffen wollen. Vom Reichstag des Innern ist die Kommandantur veranlaßt worden, dem Reichstag die Unterlagen auszusenden, um die Ablehnung der Anträge zu erzielen. (Unruhe links.) Durchbrechen wir jetzt das alte Prinzip, verletzen wir an die Stelle aller Normen die Willkür, und das hat alsbald schlimme Folgen. (Beifall bei der äußersten Linken.)

Abg. Dr. v. Laszewski (Soz.): Ohne Ansehen der Person lehnen wir aus rein prinzipiellen Gründen den Kommissionsantrag ab.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag der Kommission wird in namentlicher Abstimmung mit 229 gegen 111 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktionen sind somit abgelehnt. (Beifall bei den Sozialdemokraten und der Arbeitgemeinschaft.)

Abg. Nühle (Soz., Arb.-Gem.) wird zur Ordnung gerufen. Abg. Roßthier (Soz., Arb.-Gem.) ruft: Eine Schande für den Reichstag. Auch er wird zur Ordnung gerufen.

Darauf wird die erste Lesung der Novelle zum Vereinsgesetz fortgesetzt.

Abg. Dr. Vertel (Konf.): Es ist Bedingung für uns, daß die Jugendlichen von allen politischen Erörterungen ferngehalten werden. Deshalb können wir nicht dafür stimmen, daß diese wesentliche Bestimmung dieses Gesetzes durchlöcher wird. Die Novelle ist für die Dauer des Krieges unangebracht und gefährlich, da durch sie der Bürgerfriede bedroht ist. Unsere Jugend darf nicht hineingezogen werden in die wirtschafts-, sozialpolitischen und rein politischen Kämpfe. (Sehr richtig!) Auch in Zentrumskreisen und neuerlich auch bei der fortschrittlichen Volkspartei sind bezügliche Anschauungen zutage getreten. Wir lehnen die Vorlage ab.

Ministerialdirektor Dr. Dewald: Bereits gestern habe ich hervorgehoben, daß die Vorlage nur eine authentische Auslegung schaffen will. Sie bedeutet also keine Erweiterung des bisherigen Vereinsrechts, sondern bezweckt nur eine Gleichmäßigkeit seiner Anwendung.

Abg. Dr. Jund (Natf.): Die Vorlage will nur einige Fesseln des Vereinsgesetzes, das lediglich ein Polizeigesetz ist, beseitigen. Sie will eine Quelle von Mißtrauen beseitigen. Deshalb hoffen wir, daß sie bald auskeimen kommt.

Abg. Stubendorff (Npt.): Ob es angebracht war, die Vorlage jetzt einzubringen oder nicht, braucht nicht erörtert zu werden. Wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß sie jetzt gekommen ist. Wir freuen uns, daß allen Arbeitern, auch den Landarbeitern, das gleiche Recht gegeben wird. Kontrollbruch und Streikrecht muß bei den Landarbeitern aber ebenso verhin dert werden, wie bei den Verwerksarbeitern.

Abg. v. Traumbach (Soz.): Durch den Sprachenparagra phen ist das Vereinsgesetz zu einem Ausnahmengesetz gegen die Polen geworden. Man sollte uns nicht mit Versprechungen auf die künftige Neuorientierung abfeiten.

Darauf wird verlegt.

Nächste Sitzung: Freitag nachmittags 3 Uhr: Anträge. Etat des Reichstags, des Reichsschatzamt und des allgemeinen Pensionsfonds. Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schluss 1/7 Uhr.

Vom Seniorenfondent.

Berlin, 11. Mai. Der Seniorenfondent des Reichstags einigte sich dahin, am Samstag, 13., und Montag, 15. Mai, keine Sitzungen abzuhalten und die nächste Sitzung erst wieder auf Dienstag, 16. Mai, anzuberaumen. (WZB.)

Vom Steuerauschuß des Reichstages.

Berlin, 11. Mai. Der Steuerauschuß des Reichstags hat heute in der ersten Sitzung des Tabaksteuergesetzes die Steuer auf Tabak und Zigarren abgelehnt und zwar mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Fortschrittler, während das Zentrum und die Nationalliberale Partei sich der Stimmgabe enthielten. Dann wurden die Kriegsausschläge für Zigarren gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen. Für Zigarettentabak im Kleinverkaufspreis wurde die Steuer von 5 auf 8 M. heraufgesetzt. Für Zigaretten aus Betrieben, die erst nach dem 30. September 1915 steueramtlich gemeldet sind, soll der dreifache Betrag des Kriegsausschlages erhoben werden. (WZB.)

Gewerkschaftliches.

Kriegshilfe des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die eigentliche Aufgabe des Verbandes besteht in der Erreichung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle in der Metallindustrie und den Metallgewerben tätigen Personen. Dieser Aufgabe hat sich der Verband auch in der Kriegszeit mit ganzer Kraft gewidmet. Die höheren Löhne und Verdienste sind in der Hauptsache dieser Tätigkeit zu danken. Leider ist noch nicht das erreicht, was auf Grund der enormen Teuerung erforderlich ist. Die erreichten Verbesserungen reichen nicht aus, um die Härten der Organisation des betreffenden Betriebes. Wir können deshalb nur immer wieder raten, den Einfluß des Verbandes durch reiflichen Anstoß der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Metallindustrie zum denkbar größten zu gestalten.

Daß der Verband aber auch über diese Aufgaben hinaus während des Krieges tüchtiges für seine Mitglieder geleistet hat, zeigt die neueste Zusammenstellung seiner Unterstützungen an die Familien der Einberufenen. Für ausreichende Unterstützung zu sorgen, ist Sache des Reiches und der Gemeinde. Unsere Genossen in den Parlamenten haben deshalb immer wieder die Erhöhung der Unterstützung verlangt und auch durchgesetzt. Demnach hat auch der obige Verband in der Zeit bis 31. Dezember 1915 insgesamt 2163 463 M. an die Familien einberufener Mitglieder gezahlt. Dabei ist zu beachten, daß z. B. an den Verrenteten die Mitglieder des Verbandes regelmäßige Beiträge von ihrem Lohne leisten, diese an die Gemeinde abliefern, um die Unterstützung der Einberufenen erhöhen zu können.

Kriegswunder und Kriegsschwindel.

Zustände im Lebensmittelverkehr. Die amtliche Korrespondenz für Ernährungssachen schreibt: Das tatkraftige Eingreifen der Behörden hat in diesen Tagen einen wunder Punkt der Berliner Fleischversorgung angeknüpft, nämlich das vielfache Zurückhalten von Vorräten durch Fleischer. Einem andern Schädling unserer großstädtischen Versorgung, der aus Furcht vor Preisdruck Vorräten fernzuhalten suchte, ist ebenfalls, wie der Berliner Magistrat mitteilt, das Handwerk gelegt worden. Wenn fakturierte Gegenstände abbrechen, so ist anzunehmen, daß — und der Erfolg zeigt das ja schon stellenweise — zurückgehaltene Vorräte jetzt stärker an den Markt gelangen werden. Es wäre gut, ein Auge darauf zu halten, daß unter dem Druck des beherrschenden Vorgehens jetzt die Ware nicht plötzlich nach auswärts verschwindet oder Versteuerungen sich geltend machen, die Zuhilfenahme zu lassen. Als Abwanderungsgebiet für zurückgehaltene Fleischbestände kämen vor allen Dingen andere Großstädte in Betracht; es dürfte sich also empfehlen, daß auch diese gelegentlich nach verbotenen Waren umfassen halten. Zu befürchten ist auch, daß die Verarbeitung zu Dauerware mehr und mehr sich greift; hier bietet das Gesetz vom 14. Februar 1916 § 7 Ziffer 2 den Städten eine Handhabe, zu bestimmen, welche Fleischmengen in freierem Zustande veräußert werden müssen.

Auf einen Punkt glauben wir hinweisen zu müssen. Wer die Angelegenheiten großer Städte liest, ist überatmet, welche Mengen aus der verschiedensten Waren in einzelnen Händen zusammengefaßt sind. Um einige Beispiele aus nur einer Nummer eines großen Blattes zu erwähnen: eine Firma bietet 5000 Kilo Schokolade, 10000 Kilo Schokoladenpulver, 2000 Dosen Leberwurst, 10 Zentner Käse, jedes Quantum Mischobst, Pfäfen und an; eine andere Firma bietet Marmelade, Schokolade und Seife „nur en gros an Selbstkäufer“ an. Eine dritte Firma bietet 25000 Kilo Himbeersaft, 3000 Kilo roben Zitronensaft, 6000 Kilo eingedickten Zitronensaft, 6000 Kilo Dörremüße, 24000 Kilo Milchschokoladenpulver an und erzieht sich zur Abnahme „leben Kostens“ Schokoladenpulver, Dörremüße und Dörrobst, Fleisch und Wursterwaren. Auffallend ist die merkwürdige Zusammenstellung: Schokoladenpulver wird neben Leberwurst, Himbeersaft und Dörremüße, Dörrobst und Schokoladenpulver offeriert. Die Anbieter müssen Kapazitäten in der pfleglichen Befahrung und Lagerung so grundbedeuten Dinge sein, andererseits müßte man annehmen, daß ihnen, was zu bedeuten schlimmer ist, unserer Nahrungsversorgung ungeheure Rohstoffwerte verborgen. Leider muß man annehmen — viele Verkaufsangebote großer Mengen verdorbener Fleischwaren beweisen es — daß letzteres der Fall ist. Es handelt sich um Mengen, die da in einzelnen Händen sich befinden, und deren Preis somit entsprechend reguliert werden kann — die meisten bezüglichen Offerten tragen den Vermerk: „nur gegen Höchstgebot“. Hier liegt wirklich ein dringendes, öffentliches Interesse vor, einzuschreiten und die Monopolstellung bestimmter Großhändler zu durchbrechen. Unter heutigen Umständen haben wir nicht das geringste Interesse daran, daß einzelne starke Hände zusammenkaufen, was uns allen nützt. Behörden und Preisprüfungsstellen würden gut tun, die Handelsstelle der großen Händler auf solche Angelegenheiten hin sich genauer anzusehen und überall da in schärfster Weise einzuschreiten, wo es sich um Wahrung eines öffentlichen Interesses handelt.

Aus dem Lande.

* Pforzheim, 12. Mai. Auf dem letzten hiesigen Schweinemarkt hatte eine Frau zehn Ferkel zu verkaufen. Ein Händler bot der Frau für die 10 Ferkel 500 M. Er verkaufte die vier Wochen alten Tiere aber zu 110 M. Das Paar, nahm also 550 M. ein. Um diesen Preis von 110 M., wie ihn die Frau für das Paar Ferkel erhielt, hatte man wenige Monate nach Kriegsausbruch ein Paar Schweine von je einem Zentner Schlachtgewicht kaufen können, da der Preis des Zentners Schlachtgewichts 50—60 M. betrug. Im November 1914 galten ein Paar Milchschweine etwa 16—20 M. und Landfurmleute schrieben damit ihren allmählichen Frauen nach Hause, sie sollten der Arbeit wegen die jungen Schweine gleich schlachten.

* Pforzheim, 11. Mai. Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges hat der Landbau die Errichtung eines Landgerichts

in Pforzheim beschlossen und nach großen Kämpfen hatte die Stadtverwaltung dafür einen Platz im Werte von 40 000 M. zur Verfügung gestellt. A. h. scheint man nicht mehr mit dem Neubau eines Landgerichts zu rechnen, denn zurzeit wird in demselben alten Amtsgebäude, in dem die Groß. Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei Unterkunft gefunden haben, eine gerade stehende Wohnung umgebaut, um statt dieser Geschäftsräume für die Abteilung für Strafsachen des Amtsgerichts einzurichten. Früher ging der Staat mit der Absicht um, das alte Gebäude zu verkaufen.

* Mannheim, 11. Mai. Über 2 1/2 Millionen Mark Umsatz erzielte die hiesige Milchzentrale im verflossenen Geschäftsjahr, gegen 1 048 194,63 M. im Vorjahre. Im letzten Jahre betrug der Reingewinn 4,44 Prozent, in diesem Jahre nur 1,25 Proz., die zur Stärkung der Reserven aufgebraucht werden. — Gestern vormittag sprang in einem Fabrikhofe der 16 Jahre alte Mangier Heinrich Welter vom Treppentritt einer in Fahrt befindlichen Mangiermaschine herunter, kam zu Fall, stürzte auf das Gleis und geriet mit dem Kopf zwischen das Treppentritt und den Schienenreiner der Maschine. Er wurde eine Strecke geschleift und erlitt dabei so schwere Kopfverletzungen, daß der Tod in wenigen Stunden eintret.

* Rahr, 11. Mai. Im Rappenhof fand gestern eine Versammlung statt, die der Kommunalverband Rahr-Land zur Information der Bürgermeister, Ratsherrn, Fleischbeschauer und der Vertreter des Birte- und Metzgerhandes veranstaltet hatte. Oberamtmann Dr. Hofmeier, Veterinärarzt Haumann und der Geschäftsführer des Kommunalverbandes Rahr-Land, Rodt-Kamall Gugel, bereiteten sich eingehend über alle einschlägigen Gesetzesmaßnahmen zur Fleischversorgung.

* Rahl, 12. Mai. Die verbotene Heberführung von Eiern, Fleisch und Butter nach dem Elsaß hat in der letzten Zeit, wie die „Neßler Zeitung“ berichtet, weiter zugenommen. Vor allem wird auch in der elektrischen Straßenbahn tüchtig geschummelt. In einem einzelnen Kasten auf der Plattform der Elektrischen entbede der kontrollierende Gendarm 300 Eier. Eine Dame hatte in ihrem Heberwurf einen doppelten Kasten, in welchem man 30 Eier und 2 Pfund Butter fand. Ein Fräulein trug einen Mantel über dem Arm; in den zugewandten Ärmeln waren über 20 Stück Eier. Daß Butter, von Damen in der Taille geschummelt wird, ist eine bekannte Tatsache.

* Freiburg, 11. Mai. Ein 19 Jahre alter Schüler spielte in der elterlichen Wohnung in Goslach mit einer geladenen Flöterpistole wobei sich die Waffe entlud und das Gesicht seinem Väterchen Bruder in die linke Seite drang und die Lunge verletz. Der Zustand des Anaben, der in die chirurgische Klinik verbracht wurde, ist ernst. — Ein neun Jahre alter Anabe wurde in der Breisacherstraße mit einem Terschir in die rechte Hand geschossen. Er fand Aufnahme in der chirurgischen Klinik. Der Täter ist ein noch nicht ermittelter Schüler.

* Rhein bei Bönning, 12. Mai. Hier hat sich ein schweres Explosionsunglück ereignet. Ein Anabe hatte auf dem Felde über dem Rhein eine Handgranate gefunden und diese mit nach Hause genommen. Daß machte er sich mit der Handgranate zu schaffen; plötzlich explodierte die Granate und verurteilte den Anaben derart, daß der Tod alsbald eintret. Der in der Nähe stehende Bruder des Anaben wurde verwundet.

* Schweighausen bei Ettenheim, 11. Mai. Als Arbeiter des Schienenbauers, welches das Anwesen des Landwirts Alois Ohnemus im Jinken Hof zerstörte, den ganzen Viehbestand vernichtete und einen Schaden von 34 000 M. verursachte, wurde der bei dem Brandgeschädigten im Dienst stehende 19jährige Hirtenknecht ermittelt. Er hat die Tat bereits eingestanden. Bei dem Brand sind auch 2000 Mark in Papiergeld verbrannt.

* Kirchhofen bei Staufen, 11. Mai. Nachdem in den hiesigen Nebelgebirgen durch die Schuttfürer schon über 180 000 Buppen des Heu- und Sauerwurms gefangen worden waren, hat man jetzt mit dem Fangen der Motte durch Nebelgebirge begonnen; an ersten Tage wurden weit über 10 000 Motten durch die Schuttfürer abgefangen. Wie notwendig das Fangen dieser Nebelgebirge ist, kann man jetzt schon sehen; zu hunderten sitzen die kleinen Eichen des Heuwurms an dem jungen Rebholz. Wüßten doch alle Nebelgebirge mit der energischen Bekämpfung beginnen, damit man endlich mit dem größten Feind der Nebel aufkommen könnte.

* Vom Belden, 12. Mai. Bei dem Wettersturz am Montag hat es auf den Höhen des Schwarzwaldes, wie das Staufenener Wochenblatt meldet, von neuem geschneit. Auch der Belden hatte wieder eine leichte Schneedecke.

Förderung der Landwirtschaft.

Karlsruhe, 12. Mai. In einem halbamtlichen Artikel in der „Karlsruher Zeitung“ werden die Maßnahmen zur Kenntnis gebracht, die im Bereich der Forstverwaltung zur Förderung der Landwirtschaft, insbesondere der Viehhaltung während des Krieges getroffen sind. Als obersten Grundsatz hat die badische Forstverwaltung aufgestellt, daß der Waldbesitz auch weiterhin zu weitestem Entgegenkommen gegen die Landwirtschaft verpflichtet, bei der hinsichtlich der Befahrung der Futter- und Streumittel im letzten Kriegsjahre eine merkwürdige Verringerung der Lage nicht eingetreten ist. Die Forstverwaltung hat wiederholt hervor, daß, um einem Mangel an Streumittel für das Vieh vorzubeugen, die Forstämter angewiesen sind, selbst unter Hintansetzung der Rücksichten auf Erhaltung der Waldbodenfrucht und einer guten Bodenverfassung Waldfruchtungsstellen jeglicher Art an die Viehhalter abzugeben. Dem gleichen Zweck dient auch die Gestattung der Düngung von frischem Futtergras, das jetzt für die Monate Mai und Juni insbesondere für die kleineren Landwirte in Betracht kommt, sowie die Ausübung der Waldweide gestattet. Bei dem zunehmenden Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften soll auf die rechtzeitige Bormahme der landwirtschaftlichen Arbeiten bei Anordnung der Waldarbeiten jede landliche Rücksicht genommen werden. Die rechtzeitige Einbringung der Ernte hat in jedem Fall der Befahrung von Waldarbeiten voranzugehen.

Gerihtszeitung.

Rahl, 11. Mai. Wegen Mißhandlung verurteilte das Schöffengericht die Ehefrau des Bahnarbeiters Jakob Krieg aus Neumühl zu 50 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis. Sie hatte Milch mit 29 Prozent Wasser „gestreckt“. Wegen des gleichen Vergehens wurde die Ehefrau des Fabrikarbeiters Georg Sutter aus Bodenweiler zu 40 M. und die Ehefrau des Landwirts Michael Stölzel aus Regelsburg zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. — Wegen unerlaubter Ausfuhr von Butter nach Straßburg wurden zwei Frauen von Straßburg mit 5 bezw. 10 M. Geldstrafe bestraft.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften. (Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Reichsbuchhandlung bezogen werden.)

„Elsch-Löhringen und die Sozialdemokratie“. Von Hermann Wendel, M. d. R. Preis 75 Pfg. Vereinsausgabe 40 Pfg. Verlag Buchhandlung Dietrichs Paul Singer & Co. m. b. H. Berlin SW. 68. Der Inhalt dieser aktuellen Broschüre ist folgender: Elsch-Löhringen als Kriegsziel. — Gesellschaftliches. — Die deutsche Sozialdemokratie und Elsch-Löhringen. — Nach vierundvierzig Jahren. — Die wirtschaftliche Verarmung. — Elsch-Löhringen und Frankreich.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 12. Mai.

Die Küche für alle.

Sie ist durchführbar und wird in solchen Kreisen, wo man sonst derartigen Einrichtungen ablehnend gegenüberstand, als zweckmäßige Kriegsmaßnahme angesehen. Der Anfang mit ihrer Einführung ist gemacht. Die erste Einheitsküche in Deutschland wird, wie man sieht, in der Stadt aufzuweisen haben. Es hat sich hier die Notwendigkeit herausgestellt, neben dem Kriegsspeisehaus, das sich sehr gut bewährt hat, noch eine weitere Speisehalle zu schaffen, die für alle Kreise der Bevölkerung die Mittagskost herstellt. Von dem bisherigen Kriegsspeisehaus unterscheidet sich die Neueinrichtung dadurch, daß sie nicht für minderbemittelte Ortsbewohner geschaffen wird, und deshalb zu ihrem Betrieb nicht die erheblichen Zuschüsse zu erwarten sind, die zu dem Kriegsspeisehaus vom Reich und der Kriegsfürsorge gewährt werden. Es handelt sich auch nicht um einen Ausfluß der Kriegsfürsorgetätigkeit für Minderbemittelte, wie bei dem bisherigen Kriegsspeisehaus. Die Anschaffung der Koch- und anderen Einrichtungen sowie der Betrieb sollen vielmehr ausschließlich aus städtischen Mitteln erfolgen, und es muß für die Speisen ein Preis gefordert werden, der den tatsächlichen Aufwendungen ungefähr entspricht. Es ist mit einer sehr großen Inanspruchnahme der neuen Einrichtung zu rechnen, da ihre Benutzung schließlich allen Bürgern und Einwohnern der Stadt freistehen soll. Die städtischen Kollegien haben diesem Vorschlag, der vom Bürgermeister selbst ausging, bereits zugestimmt. Auch ein geeignetes Gebäude ist bereits zu diesem Zwecke gefunden.

Um die Einheitsküche wird man auch in anderen Städten nicht herumkommen. Die gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel im hohen Maße wird sich noch als unmöglich herausstellen. Gleichmäßig, soweit es nur irgend möglich ist, muß aber geteilt werden, wenn in den nächsten Wochen manche wichtigen Nahrungsmittel noch knapper werden.

Großzügige Massenverpflegung, die sich schließlich nur auf die allgemeine Küche stützen kann, wird auch in einer Eingabe gefordert, die vom Sozialdemokratischen Verein und vom Gewerkschaftsrat in Köln an die dortige Stadtverordnetenversammlung und den Oberbürgermeister gerichtet wurde. In der Eingabe wird ferner die Verschärfung des gesamten in die Stadt gelangenden Viehes durch die Stadt gefordert. Die Wurstbereitung soll von der Stadt in Eigenbetrieb übernommen werden. Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt zu diesen Vorschlägen: „Vor allem wird die Massenverpflegung zu einer immer dringlicher werdenden Aufgabe nicht nur der Gemeinden, sondern auch des Staates.“

Jedenfalls haben die maßgebenden Stellen hiesiger Stadt Veranlassung, allen Fortschritten auf diesem Gebiete in jeglicher Zeit ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Denn auch hier wird man zur Massenverpflegung für weitere Kreise übergehen müssen, wenn die Beschaffung der Lebensmittel für den Einzelnen noch schwieriger wird.

Die städtischen Feldküchen, im Volksmund „Goulaschkantinen“ genannt, sind gestern Mittag zum ersten Male in Funktion getreten. Es ist dies, wie bekannt, der erste Versuch, den die Stadt mit Hilfe des Frauenvereins mit der Massenverpflegung macht. Der Kostgängerpreis ist zunächst ein beschränkter. Es werden Karten nur an Personen bezogen. Familien zugewiesen, die der Kriegsfürsorge unterstehen. Das Essen wird in zwei Zentralküchen (Festhalle und Krankenhaus) hergestellt und dort in Feldküchen (russische Kriegsbeutestände) verteilt, die nach den einzelnen Stadtteilen fahren. Die Feldküchen werden in Schulhöfen, je eine in der Leopoldschule, Karl Wilhelmsschule, Riedelschule, Uhländerschule u. a. aufgestellt. Die Portion (1 Liter) kostet 25 Pf. und werden zunächst in der Zentralküche Festhalle 1100 Liter und im Krankenhaus 5-600 Liter gefordert.

Was die Qualität des Gerichtes anbelangt, so darf gesagt werden, daß dieselbe eine gute ist. Es ist ein Mischgericht von Suppe, Fleisch und Gemüse. Gestern gab es schmackhaft zubereitete Erbsensuppe mit Sago, Fleisch und Kartoffeln. Fleisch und Kartoffeln waren von guter Beschaffenheit, die nur den einen Fehler hatten, daß zu wenig drinnen waren. Das Gericht ist zu dünn; mehr Suppe als festes Essen. Man hat sich die Sache wohl allgemein anders

vorge stellt. Wenn die Einrichtung ihren Zweck erfüllen soll, müssen mehr feste Bestandteile, zum mindesten mehr Gemüse, gegeben werden. Man hatte vielleicht die Sache beim ersten Male noch nicht recht heraus und wollen wir hoffen, daß es für die folgenden Tage besser wird.

Statt Fleisch andere Nahrungsmittel auf die Fleischkarte. Der Stadtmagistrat Augsburg hat folgende Einrichtung getroffen: „Wer für seine Fleischkarte keine Verwendung hat, weil er kein Fleischer ist, oder weil ihm das Fleisch zu teuer ist, hat Gelegenheit, die ganze Fleischkarte oder einen Teil der Karten an den Stadtmagistrat zurückzugeben und erhält dafür Anweisung zum billigen Bezug von Maisgries, Maismehl, Leigwaren usw.“

Auch hier sollte man diejenigen, die wegen der wahn sinnigen Fleischpreise keine Verwendung für ihre Fleischkarte haben, beim Bezug anderer Nahrungsmittel berücksichtigen. Auf die Art können die nicht benutzten Fleischkarten, die trotz aller Strafbestimmungen ja doch übertragen werden, wieder zurück.

Bei der Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß es in der Tat notwendig wäre, Blut- und Leberwürste, die nicht aus festem Fleisch zubereitet werden, von der Fleischkarte auszuscheiden und dem freien Verkehr zu überlassen. Insbesondere Arbeiter und Soldaten sind dadurch in einer kläglichsten Lage, daß diese Würste, die sie zu Weizen und Abendbrot brauchen, fleischartenpflichtig ist. In München hat man diese Würste aus eben diesen Gründen auch freigegeben.

Schneit die Bäume! Beim Maifächerjammeln herrscht unter der Jugend die Lust, an die starken Baumstämme, die sich nicht mehr schütteln lassen, mit den Schrauben zu treten, um die Bäume zu erschüttern, damit die Käfer herabfallen. Für den Baum ist diese Art des Maifächerjammels außerordentlich schädlich. An jeder Stelle, an der mit den Schrauben gegen den Baum getreten wird, löst sich die Rinde, da der Baum gegenwärtig im Saft ist, von der Unterlage los und stirbt im Laufe des Sommers ab. Wiederholt sich diese Mißhandlung mehrere Jahre hindurch, so muß der Baum absterben, weil die Nahrungszufuhr gehemmt ist. Elternhaus wie Schule sollten die Jugend auf das Schädliche dieser Art des Maifächerjammels aufmerksam machen.

Ein theoretischer Fortbildungskursus für entlassene Kriegsbeschädigte in Gas- und Wasserinstallation, der für Kriegsbeschädigte eine gute Fortbildungsgelegenheit zur Erlangung einer besseren Stellung bietet, wird vom groß. Landesgewerbeamt Karlsruhe veranstaltet. Näheres ist aus der in dieser Nummer veröffentlichten Bekanntmachung zu ersehen. Anmeldungen zum Kursus sind umgeben an das Landesgewerbeamt zu richten.

Stipendienvergabe. Aus der Ernst Bloch-Stiftung in Karlsruhe zur Unterstützung junger Leute, welche ein Universitäts-, polytechnisches oder künstlerisches Berufsstudium ergreifen, ist ein Stipendium von 250 Mk. zu vergeben. Bewerbungen sind an das Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Oesterreichisch-ungarischer Hilfsverein in Karlsruhe. Am 8. Mai hielt der Verein unter dem Vorsitz des Herrn Franz Kohl seine diesjährige Generalversammlung ab, der auch Herr R. u. A. Kankelrat Javril vom österreich-ungar. Konsulat beiwohnte. Der kleine Verein (70 Mitglieder) hat seit Ausbruch des Krieges an unterstützungsbedürftige österreich-ungar. Frauen, deren Ernährer im Felde stehen und an Flüchtlinge die ansehnliche Summe von 14 000 Mk. verausgabt, nebst namhaften Spenden an das österreichische und deutsche Rote Kreuz. Es steht dem Verein noch ein namhafter Betrag zur Verfügung, so daß er insstande sein wird, sein edles Werk bis zum Schlusse des Krieges durchzuführen.

Unfall. Am 10. Mai nachmittags erlitt ein hiesiger verheirateter Straßenbahnarbeiter beim Arbeiten auf der Straßenbahnstrecke zwischen Karlsruhe und Durlach dadurch einen Unfall, daß er beim Herabnehmen eines Straßenbahnwagens das Gleis nicht richtig verließ, so daß er von dem Wagen erfasst und zu Boden geschleudert wurde, wobei er sich erhebliche Quetschungen an der linken Schulter und am Hinterkopfe zuzog. Der Verletzte wurde im Krankenauto in das städt. Krankenhaus verbracht.

Veranstaltungen.

Die freireligiöse Gemeinde Karlsruhe hält am Sonntag, den 14. Mai ds. Js., vormittags 10 Uhr, den letzten ihrer Vorträge für das Winterhalbjahr 1915/16 im Saale Gabelstraße 21, 2. St., ab. Herr Dr. R. W. E. H. (Heidelberg) wird sprechen über: „Frei leben der Geist und ohne Zwang der Glaube“. Musikalische Darbietungen; Gäste willkommen.

Gura-Abend. Wir weisen hiermit nochmals auf den heute den 12. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Museumsaal stattfindenden Vierter- und Quertenabend der Frau Kammerjägerin Gura-Summel und des Kammerjägers Hermann Gura hin. Karten sind in allen Preisen noch in der Hofmusikalienhandlung Hugo Kunkel Nachf. Kurt Neufelß, Kaiserstraße 114, bis abends 7 Uhr und von 7 1/2 Uhr an der Abendkasse zu haben.

Stadtgartenkonzert. Sonntag, 14. d. M., nachmittags von 4 Uhr ab, findet bei schönem Wetter im Stadtgarten wieder ein „Promenadekonzert“ statt, bei dem erstmals die Kapelle der Erbk. Artillerie, Feld-Artillerieregiments Nr. 50, konzertieren wird. Bei ungünstiger Witterung fällt das Konzert aus.

Rechte Nachrichten.

Einführung einer Reichsvermögenssteuer.

W. Berlin, 12. Mai. Zu der Einführung einer Reichsvermögenssteuer erfährt das „Berliner Tageblatt“, daß die Verhandlungen unter den Parteiführern im Reichstag noch nicht abgeschlossen sind, daß indessen Aussicht auf eine Einigung bestehe. Es werde sich zunächst nur um eine einmalige Steuer handeln, über deren Höhe, die etwa 1 vom Tausend betragen soll, augenblicklich noch Erwägungen schweben. Es machten sich aber auch Stimmen geltend für eine Degression, etwa mit 2 vom Tausend beginnend und bis 1 vom Tausend herabgehend.

Ein griechischer Kronrat.

W. Berlin, 12. Mai. Verschiedene Morgenblätter lassen sich aus Athen melden, daß unter dem Vorsitz des Königs ein Kronrat abgehalten wurde, an dem auch der Generalkonsul teilnahm. Nach dem Kronrat habe der Ministerpräsident eine einstündige Besprechung mit dem rumänischen Gesandten gehabt.

Die Gegensätze in der schwedischen Sozialdemokratie.

W. Stockholm, 12. Mai. Die Zeitung der sozialdemokratischen Partei hat eine Erklärung gegen die Sonberber-

bungen angenommen, die in letzter Zeit innerhalb der Partei hervorgetreten sind, indem ein Teil gegen die Führung der Partei Stellung genommen und sich der Zimmerwalder Politik angeschlossen hat. Drei Mitglieder der Zeitung gaben infolgedessen ihre Plätze innerhalb der Direktion auf. Die Parteileitung hat auch eine Erklärung gegen die Bestrebungen der Zimmerwalder Konferenz erlassen, daß die anwesenden Schweden kein Mandat von der sozialdemokratischen Partei Schwedens gehabt haben.

Freigabe der Mannschaften des „L. 20“.

W. Kristiania, 11. Mai. Meldung des „Norwegischen Telegraphenbureaus.“ Sechs Mann von der Besatzung des Luftschiffes „L. 20“ sind freigegeben worden. Wegen des Fehlens besonderer völkerrechtlicher Bestimmungen für Luftschiffe haben die norwegischen Behörden es als ihre Pflicht betrachtet, den Regeln für die Schiffbrüchigen von Kriegsschiffen kriegerischer Staaten zu folgen. In Uebereinstimmung mit dem Stinbunkt, den die norwegischen Behörden bei früheren Gelegenheiten während des Krieges gegenüber den Engländern eingenommen hatten, haben sie an den Dampfern „Weimar“ und „India“ daher diejenigen Mannschaften freigegeben, welche gerettet in privaten Fahrzeugen an Land geführt wurden.

Eine Arbeiterdemonstration in London.

W. London, 11. Mai. Reuter meldet aus London: In Queenshall in London ist gestern eine große Demonstration der Arbeiter abgehalten worden, bei der der australische Premierminister Hughes der hauptsächlichste Redner war. Es wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die Versammlung, die auf Initiative der britischen Arbeiter der Nationalliga und der Vertreter der industriell und politisch zusammengeschlossenen Arbeiter veranstaltet worden ist, erklärt aufs Neue, daß die Nation fest entschlossen ist, den Krieg bis zu einem siegreichen Ende fortzuführen. Die glänzenden und heldenhaften Dienste, die durch die überseeischen Kolonien dem Mutterlande und dessen ruhmvollen Bundesgenossen geleistet worden sind, werden dankbar anerkannt. Nach der Darlegung, die Hughes betreffs der Arbeiterpolitik im Reich gegeben hat, erklärt die Versammlung ihre einstimmige Zustimmung mit diesen Darlegungen und fordert die Organisation aller Mittel des Reiches, um einen entscheidenden Sieg zu sichern, damit ein dauernder Frieden, die nationale Sicherheit und die Garantie für alle Arbeiter, den höchstmöglichen Lebensstandard zu erreichen, gesichert werde.“

Verurteilung englischer Sozialisten.

London, 12. Mai. (Reuter.) Zwei Sozialisten wurden wegen Aufwiegelung zum Streit, durch den die Herstellung der Munition aufgehalten wurde, zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ein anderer Sozialist erhielt 18 Monate.

Revolution in Portugal.

Budapest, 12. Mai. „Az Est“ veröffentlicht ein Telegramm aus Granada, wonach in Lissabon ein Aufstand ausgebrochen ist und das Arsenal in Flammen stehen soll. Ein Teil der Truppen beteiligte sich an der Revolte.

Die Lage in Mexiko.

Amsterdam, 11. Mai. (W. B. Nichtamtlich.) Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ berichtet, Carranza habe die Forderung wiederholt, daß die amerikanischen Truppen sofort zurückgezogen werden sollen.

Wilson hat sich neuerdings geweigert, darauf einzugehen und schickte weitere 4000 Mann reguläre Truppen nach der Grenze. In amtlichen Kreisen spricht man offen von der Möglichkeit einer bewaffneten Intervention. Ob sie aber ernst gemeint oder nur darauf berechnet ist, auf Carranza Eindruck zu machen, läßt sich schwer sagen.

Die Lage hat sich infolge des neuen blutigen Ueberfalles im amerikanischen Grenzgebiet, der sehr wahrscheinlich von Carranzisten unternommen worden ist, verschlechtert.

Man fühlt sich sehr beunruhigt, da die Möglichkeit besteht, daß die amerikanischen Truppen von einer Uebermacht angegriffen werden. Inzwischen sind die Vereinigten Staaten tatsächlich von regulären Truppen entblößt worden; wenn die Schwierigkeiten in Mexiko zunehmen, würde man auch Truppen der zweiten Linie aufbieten müssen.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Koll; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luitpoldstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

12. Mai.

Schusterinsel 2,42 m, gef. 3 cm, Rehl 3,25 m, gef. 3 cm, Magau 4,37 m, gef. 4 cm, Mannheim 4,12 m, gef. 4 cm.

Vereinsanzeiger.

Arbeiterturnbund. (3. Bezirk.) Sonntag, den 14. Mai, nachmittags 2 Uhr, Spieltag für die Gaardt-Gruppe in M. R. j. Sonntag, den 21. Mai, nachmittags 2 Uhr, Spieltag für die Pfingstgruppe in Durlach. Um zahlreiche Beteiligung der Vereine wird gebeten. 1646

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, den 14. Mai, Abm. 6 Uhr „Kühler Krug“ und 7 1/2 Uhr Scheibenhards, Bruchhausen, Lohmühle. Vormittagsstour. Rückweg von Oberweier nach Ettlingen oder Staatsbahn 11.56 Uhr ab Bruchhausen. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. 1643

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Samstag abends 7 1/2 Uhr im Saalbau, Durlach, Versammlung für Weststadt und Mühlburg zwecks Regelung des Turn- und Spielbetriebs. 1645

Durlach. (Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion.) Samstag, den 13. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im „Darmstädter Hof“ Fraktionsführung. Tagesordnung: Beratung des Voranschlags. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt erforderlich. 1621,2

Durlach. (Tänzerbund Vorwärts.) Morgen Samstag, 14. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Wendebrau“. Vollständiges Erscheinen erwünscht. Der Vorstand. 1644

Durlach. (Freie Turnerschaft, gegr. 1899.) Samstag, den 13. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Saal zum „Goldenen Löwen“ Mitgliederversammlung. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig. 16129,2 Der Vorstand.

„Im Interesse der vielen Bruchteilenden sei an dieser Stelle nochmals ganz besonders auf das Interat des Herrn R. Meller in heutiger Nummer hingewiesen.“

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Carmen“. Georg Bizets glänzende Oper „Carmen“ ging gestern zugunsten der Pensionsanstalt des Hoftheaters über die Bühne. Für die Titelfolle gastierte die junge Karlsruher Künstlerin Johanna Lippe vom Mainheimer Hoftheater, die vor einigen Jahren hier als „Erda“ ihren ersten Bühnenerfolg mit Erfolg machte. Auch das geistige Gastspiel brachte der jungen aufstrebenden Künstlerin reichen Beifall und Anerkennung. Zum Schluß hat anscheinend Herrscher den guten Gesamteindruck beeinträchtigt. Die übrigen Rollen hatten bekannte Besetzung: Don José Herr Hans Siewert, Escamillo Herr von Gorkom, Mikaela Frau. Grete Fänger, Zuniga Herr Hagedorn, Morales Herr Gröhinger. Die musikalische Leitung unter Herrn Dumas waren hervorragend.

Mag. Reger. Generalmusikdirektor Hofrat Prof. Dr. phil. et med. honoris causa Mag. Reger ist in Leipzig plötzlich verstorben. Mag. Reger wurde am 19. März 1873 in dem bayerischen Dertchen Brand (Bezirksamt Remmich) geboren. Er war ein Lehrersohn und erhielt seine erste musikalische Bildung durch seinen Vater und den Organisten Bindner in Weiden. Später studierte er bei Hugo Ricmann in Sondershausen und Wiesbaden, war von 1891 bis 1896 Lehrer am Wiesbadener Konservatorium, ging 1901 nach München und lehrte bis 1906 Kontrapunkt am dortigen Kgl. Akademie. Im nächsten Jahre folgte er einem Rufe nach Leipzig als Universitätsmusikdirektor und Kompositionslieferant am Konservatorium, wurde 1908 zum Professor und von der Universität Jena zum philosophischen Ehrenprofessor ernannt. Im Jahre 1911 wurde Reger die Leitung der Hofkapelle in Meiningen übertragen, der er in den letzten Jahren durch ausgedehnte Konzertreisen zu neuem, bedeutendem Ruf verhalf. Reger war als Komponist von außerordentlicher Fruchtbarkeit, die Zahl seiner Werke geht in die Hunderte. Er hat in der Hauptsache Kompositionen für Klavier, kleines Orchester und Orgel geschrieben. Als Orchesterdirigent sowie als Klavier- und Orgelspieler war Reger mit Recht sehr geschätzt. Besonders großes Aufsehen genossen seine Orgelkompositionen und Bearbeitungen Bachscher Werke für Orgel.

Arb.-Radfahrerbund „Solidarität“, Karlsruhe.

Den Tod fürs Vaterland erlitten außer den schon bekanntgegebenen unsere Mitglieder

Karl Vöhlein
Inhaber des Eisernen Kreuzes und

Franz John.
Der Verein wird ihnen allzeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vereinsauschuß.

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Karlsruhe.**

Sonntag, den 13. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Verbandslokal zur „Kronenhalle“.

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Inneres. 2. Die Regelung der Lohnfrage durch den Stadtrat. 3. Die Antwort des Stadtrats auf unsere Petition wegen Erhöhung des Lohnes für die Straßenreinigung.

In Anbetracht der Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch der Versammlung.

Die Ortsverwaltung.**Freireligiöse Gemeinde Karlsruhe.**

Karlsruhe, Sonntag den 14. Mai 1916, vormittags 10 Uhr, Hebelstraße 21 II (Saal).

Sonntags-Feier.

Vortrag von Herrn Dr. A. Weich-Heidelberg über: „frei bleib der Geist und ohne Zwang der Glaube.“
Musikalische Darbietungen. Gäste willkommen.

Konsumverein Durlach.

Sonntag den 14. Mai, nachmittags 2 Uhr, findet im Nebenzimmer zum „Lamm“

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung:

Enthebung des Geschäftsführers.

Hierzu werden die Mitglieder höflichst eingeladen.

Der Aufsichtsrat:

Ed. König, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Vom 15. d. Mts. ab wird Schweizer- oder Gutmilch an folgenden Milchverkaufsstellen verabreicht:

1. Schlachthof, Durlacher Allee,
2. Turnhalle der Karl-Wilhelm-Schule, Eingang Ludwig-Wilhelmstraße,
3. Turnhalle der Lybell-Schule, Eingang Markgrafenstraße,
4. Schlachthof 75 (bei Strud),
5. Alte Turnhalle der Leopold-Schule, Leopoldplatz 9,
6. Friedhofstraße 11 (bei Habermeier),
7. Promenadehaus, Kaiser-Allee 13,
8. Bachstraße 43 (bei Stör),
9. Turnhalle der Mühlburger Schule, Eingang Hardtstraße,
10. Stadteil Müppur, altes Schulhaus.

Die Milch wird an den Verkaufsstellen von 8 bis 11 Uhr vormittags an solche Personen abgegeben, welche mit Milchausweis-karten versehen sind. Die Milchausweisekarten werden auf der Geschäftsstelle des Kommunalverbandes, Kleiner Festhalleaal, nach Vorlage der verfügbaren Milchmenge, ausgestellt. Vorzugsberechtigten Personen (Kinder, stillende Mütter und Kranke) werden in erster Linie berücksichtigt. Der Preis für die Milch an den Verkaufsstellen beträgt 30 Pfg. das Liter.

Auf Wunsch wird Schweizer- oder Gutmilch ins Haus zugeführt zum Preis von 35 Pfg. für das Liter.

Der Antrag auf Zuführung der Milch ist an die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes (kleiner Festhalleaal) oder an die Geschäftsstelle der Karlsruher Milchzentrale G. m. b. H., Durlacher Allee 60 (Schlachthof) — Telefonnummer 5633 — zu richten.

Die Kuh- und Kindermilch wird nach wie vor durch die städtische Gutsverwaltung Müppur in Flaschen gefüllt zum Preis von 70 Pfg. für das Liter den Abnehmern zugeführt. Bestellungen auf solche Milch sind unmittelbar an die städtische Gutsverwaltung Müppur, Telefonnummer 3415, zu richten.

Karlsruhe, den 12. Mai 1916.

Das Bürgermeisteramt.

Benzol, Motorenöl, Automobilöl

bieten vorteilhaft an **Endlich & Leis, Mannheim.**

Als Neuerscheinungen empfehlen wir:

Für die Einheit der Partei. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Preis 10 Pfg. (Porto 3 Pfg.).

Sozialdemokratie und nationale Verteidigung.

Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Preis 40 Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns

Preis M. 1.—. (Porto 10 Pfg.).

Es lebe der Frieden. Von P. H. Scheidemann. Preis 40 Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher.

Von Luise Zieg. Preis 50 Pfg. (Porto 5 Pfg.).

Buchhandlung „Volksfreund“

Luisestraße 24. — Telefon 128.

Theoretischer Übungskurs für entlassene Kriegsbeschädigte in Gas- und Wasserinstallation.

Das Landesgewerbeamt beabsichtigt, für Kriegsbeschädigte, die aus dem Militärverhältnis entlassen sind, einen Übungskurs in Gas- und Wasserinstallation zu veranstalten.

Der Unterricht begreift die Vermittlung derjenigen theoretischen Kenntnisse, die für eine Tätigkeit in Installationsgeschäften sowie in Gas- und Wasserwerksbetrieben erforderlich sind.

Hierbei kommen in erster Reihe solche Kriegsbeschädigte in Betracht, die im Installationswesen bereits praktisch vorgebildet sind, jedoch aber auch solche aus anderen metallverarbeitenden Gewerken.

Der Kurs findet in Karlsruhe statt und ist zunächst auf 3 Monate bemessen, er soll Ende Mai beginnen.

Der Unterricht ist unentgeltlich. Die Kosten der Verpflegung übernimmt auf Antrag für Kriegsbeschädigte aus Baden der Landesauschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Bei bedürftigen Kriegsbeschädigten wird der Landesauschuß auch die Kosten der Wohnung tragen.

Gefuche um Zulassung zu dem Kurs sind alsbald bis spätestens 20. Mai 1916 an das Großh. Landesgewerbeamt in Karlsruhe zu richten. Bordrücke zur Anmeldung können ebenfalls bezogen werden.

Karlsruhe, 1. Mai 1916.

Großh. Landesgewerbeamt.

Mehle & Schlegel

Kaiserstraße 124 b

Wir empfehlen neu hereingekommene:

Woll- u. Baumwollmousseline, Zefir, Stickereistoffe in weiss, schwarz und farbig, Wasch-Jackenkleiderstoffe, Kräuselstoffe, bestickte und bedruckte Schleierstoffe in reichhaltigster und geschmackvoller Auswahl.

Weiße Blusen in entzückender Ausführung

Eigene Werkstätten zur Anfertigung feiner Damenkleidung nach Maß.

Stadt. Nahrungsmittelamt.

Es kann noch eine kleine Menge frühe **Soßkartoffeln** (Kaiserkartoffeln) in unserer Verkaufsstelle II, alte Bahnpfost, abgegeben werden. Die gegenwärtige Blütime ist für das Gekochte dieser Soßkartoffeln sehr günstig; wir empfehlen daher, von diesem Angebot noch Gebrauch zu machen.

Karlsruhe, den 9. Mai 1916.

+ Bruchleidende +

bedürfen kein so schmerzhaftes Bruchband mehr, wenn sie mein in Größe verschwindend kleines, nach Maß und ohne Feder, Tag und Nacht tragbares, auf seinen Druck, wie auch jeder Lage und Größe des Bruchleidens selbst verstellbares

Universal-Bruchband

tragen, das für Erwachsene und Kinder, wie auch jedem Leiden entsprechend herstellbar ist. Mein Spezial-Vertreter ist am Samstag, den 13. Mai, abends von 6 1/2—8 Uhr und Sonntag, den 14. Mai, morgens von 7—12 1/2 Uhr in Karlsruhe, „Hotel Geist“, mit Mustern vorerwähnter Bänder, sowie mit ff. Gummi- und Federbändern, neuesten Systemen, in allen Preislagen anwesend. Muster in Gummi, Gängeleis, Leib- und Muttervorfallbändern, wie auch Geradhalter und Krampfaderstrümpfe stehen zur Verfügung. Neben fachgemäßer Verschönerung auch gleichzeitig streng diskrete Bedienung.

J. Mehlert, Kaufmann in Baden, Bessenbergstr. 15. Tel. 515.

Odeon-Haus

Kaiserstraße 187

jetzt zu

billigsten Preisen

Odeon-Musik-Apparate

Odeon-Musik-Platten

Flügel, Pianos

Violinen, Cellos

Gitarren, Laute

Mandolinen, Flöten

Mundharmonikas

Ziehharmonikas

Trommeln, Zithern.

Katalog umsonst.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung bleiben die

Haupträume des Grundbuchamts

am nächsten Montag, den

15. d. Mts., geschlossen.

In dringenden Angelegenheiten

und in Kriegssachen werden An-

träge auf Zimmer 14 entgegen-

genommen.

Karlsruhe, den 9. Mai 1916.

Grundbuchamt.

Verkaufe und

Kauf fortwährend neue

und getragene

Herrenkleider, Schuhe, Stiefel

blaue Arbeitsanzüge, Uhren,

Waffen, Gold und Silber,

Brillanten, Jagdgewehre, Fand-

schneide, Möbel, Kleiderstoffe.

Erstes größtes An-

u. Verkaufsgeschäft **Levy**

Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Komplettes Bett m. Federbett

25 u. 35 M., 1 u. 2-für. Schrank

10 u. 20 M., Kommode 15 M.,

Sofa 20 M., Kinderbett, Hoch-

baumat. u. verschied. sehr bill.

Ruf, An- u. Verkauf, Kronen-

straße 1. Geb. Möbel werden

fortwährend angekauft.

Fahrrad 35 M., Emailherb

40 M., Klappst. m. d. Kinderb.

Sturzb. Tafelklavier alles bill.

Ruf, An- u. Verkauf,

Kronenstraße 1.

Verloren wurde am Donners-

tag eine schwarze

Leberbrieftasche, Inhalt: zwei

Karten, Urlaubsschein, 4. Inf.-

Inf.-Reg. und 11 M. Abzug,

auf der Erbe. oder bei Keller,

Aue, Luisestraße 4.

Regenschirme

in großer Auswahl 1081

Wilhelmstraße 34, 1 Tr.

Chaiselongue, neu, von

1567 Schlüterstraße 25.

Partei-Literatur

empfehlen

Buchhlg. Volksfreund

24 Luisestraße 24.

Badische Rote

Geld-Lotterie

Ziehung am 26. Mai.

3228 Geldgewinne und 1 Prämie bar

37 000 Mk.

Hauptgewinn u. Prämie bar

15 000 Mk.

ferner 327 Geldgewinne

22 000 Mk.

11 Lose 10 M., 11 Lose 5 M.,

empfehlen Lotterie-Untern.

J. Stürmer

Strasbourg 1. L., Langstraße 101.

Filiale Karlsruhe: Carl Götz,

Hebelstraße 11/15.

Mäntel, Blusen!

Sommermäntel

M. 8.75 14.75 19.75

Schwarze Mouire-Jacken

von M. 18.75 an

Schwarze u. blaue Alpaka-

mäntel . . . M. 28.75

Wasserbichte Ripsmäntel

in braun, lil, grün und blau

M. 29.75

Frühjahrs-Jacken

M. 6.75 9.75 11.75

Covercoat-Paletots, feine

Gürtelform M. 19.75 an

Weiße Blusen M. 1.15 an

Farbige Blusen „1.45“

Große Auswahl in

weißen, schwarzen u. farbigen

Seide- u. Schleierstoffen

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Keine Ladenspeisen.

Residenz-

Theater

Waldstr.

Samstag

Sonntag

Montag

Dienstag

Erstaufführung!

Ihr bester

Schuss.

Schauspiel in 3 Akten.

Henny Porten

in der Hauptrolle.

Hampels

Abenteuer.

Schwank in 4 Akten

mit 1629

Anna Müller-Linke

Aktuelle Kriegserichte.

Aus den Fronten.

Rita macht alles

Filmschwank in 3 Akten

Der Rhonegletscher

Reiz, Naturaufnahme.

Reiz, Naturaufnahme.

Reiz, Naturaufnahme.

Reiz, Naturaufnahme.

Reiz, Naturaufnahme.

Reiz, Naturaufnahme.

Reiz, Naturaufnahme.

Reiz, Naturaufnahme.

Reiz, Naturaufnahme.

Reiz, Naturaufnahme.